

Aspekte der Migration

Die EU zeigt sich abweisend und fürsorglich

Spannungen um die Art der Flüchtlingsaufnahme

Die EU tut sich mit einer gemeinsamen und einheitlichen Migrations- und Asylpolitik schwer. Die politische Kultur in den einzelnen Mitgliedstaaten ist oft zu verschieden. Die Debatte wird zudem geprägt vom gegenwärtigen Ansturm von Migrantinnen über das Mittelmeer.

win. Brüssel, im August

Wer als Tschetschene in der EU um Asyl nachsuchen will, geht am besten nach Österreich, sollte Deutschland aber meiden. Iraker wiederum streben nach Schweden, und sie tun es zu Tausenden. Bootsflüchtlinge im Mittelmeer hoffen auf eine Landung in Italien, weil sie in Malta und Griechenland in äusserst prekären Bedingungen untergebracht werden. Dies sind unangenehme, aber wahre Tatsachen, welche wahrscheinlich den Flüchtlingen selber, sicher aber den Schlepperorganisationen durchaus bekannt sind. Obwohl die EU-Kommission fast in jedem Semester neue Vorschläge auf den Tisch legt, mit denen die Asylverfahren und die Mindestvorschriften zur Unterbringung von Migranten an einheitliche Standards angeglichen werden sollen, bewegt sich die EU auf diesen Gebieten – wenn überhaupt – mit Trippelschritten.

Keine Lastenteilung

Gegenwärtig wird die Debatte über eine gemeinsame Haltung der EU-Mitgliedstaaten in den Bereichen Asyl und Migration von einem bitteren Streit über die Bootsflüchtlinge überlagert, die vor allem aus libyschen Häfen übers Mittelmeer nach Europa gelangen wollen. 67 000 Personen sollen es allein im letzten Jahr gewesen sein, wie viele es nicht schaffen und umkehrten oder ums Leben kamen, weiss niemand. Malta, Italien, Griechenland und Zypern fordern immer lauter, dass sie die Bürde, die ausschliesslich auf ihre geografische Lage zurückgeht, nicht mehr länger alleine tragen müssen. Doch zu mehr als einer freiwilligen Unterstützung konnten sich die Innenminister der anderen 23 Mitgliedstaaten bisher nicht durchringen. Auch an einem informellen Treffen der Innenminister Mitte Juli in Stockholm zeichneten sich die bekannten Fronten ab. Versuchsballone der Kommission für ein bindendes System der Lastenverteilung – im Klartext die obligatorische Übernahme von Flüchtlingen aus den Mittelmeeranrainerstaaten gemäss einem Schlüssel – gingen ins Leere.

Widerstand erwächst dem Vorschlag sowohl von kleineren (Österreich) wie auch grossen Mitgliedstaaten (Deutschland oder das Vereinigte Königreich). Berlin erinnert dabei gerne an die neunziger Jahre, als es den Ansturm von mehreren hunderttausend Flüchtlingen aus dem kriegsversehrten Balkan aushalten musste. Auch damals hatte die Regel gelautet: Wer vom Krisenherd weiter entfernt ist, dem erscheint der Handlungsbedarf weniger dringend. So bleibt es vorläufig bei der Freiwilligkeit, und im Herbst soll die Brüsseler Kommission auf dieser Basis ein Pilotprojekt zur Unterstützung Malτας ausarbeiten. Frankreich stellte am Stockholmer Ministertreffen die Aufnahme von gut 90 Migranten aus Malta für das laufende Jahr in Aussicht. Doch mehr als eine Symbolhandlung ist das nicht.

Einem EU-weiten Konzept der Asyl- und Migrationspolitik steht auch die Tatsache entgegen, dass viele Mitgliedstaaten eifersüchtig darüber wachen, dass in der Frage der legalen Migration keine Befugnisse an Brüssel übertragen werden. Sei es mit der Blue Card, die als zahnloser Tiger endete, sei es mit dem Vorschlag, Asylsuchende eher arbeiten zu lassen, immer wieder stösst der Integrationswille der Kommission und einiger weniger Mitgliedstaaten auf den festen Willen der meisten nationalen Regierungen, über den Zugang zu den eigenen Arbeitsmarkt selber zu entscheiden. Dabei könnte die illegale Migration besser bekämpft werden, wenn der Migrationsdruck zum Teil in die Kanäle einer geordneten, legalen Migration abgeleitet würde.

Glaubenskrieg

Schweden will seine EU-Präsidentschaft nun dazu nutzen, wenigstens einheitlichere Kriterien für die Gewährung von Asyl zu erreichen. Dabei hat es sicher seine eigene, relativ grosszügige Aufnahmepolitik als künftigen Standard im Blick. Doch die Mehrheitsstimmung scheint eine andere zu sein. Vorschläge der Kommission für ein EU-weites Asylwesen und für die Aufwertung des Status von Asylsuchenden – neben einer rascheren Erteilung der Arbeitserlaubnis auch besserer sozialer Schutz – sind bereits auf erbitterten Widerstand gestossen. Die Gretchenfrage, die im Grunde wohl ins Kapitel Weltanschauung gehört, lautet fast immer so: Was kann für die wirklich Hilfebedürftigen und Verfolgten getan werden, ohne dass dies gleich zum Magnet für Tausende von «Trittbrettfahrern» wird, welche nur darum in die EU drängen, um in der Wirtschaft eine Nische zu ergattern?

Das Ringen zwischen einer eher abweisenden und einer eher fürsorglichen EU wird im kleineren Rahmen auch in Belgien vorerzählt. Das fürsorgliche Lager, vertreten durch die französischsprachigen Sozialdemokraten und Christ-



Ein Beamter der Guardia Civil trägt ein Kleinkind davon, das im Hafen von Motril an Land gegangen ist.

PEPE MARIN / REUTERS

lichdemokraten, arbeitet mit humanitären Argumenten, schiebt dabei aber auch auf die Tatsache, dass ein Teil seiner Wählerschaft selber einen Migrationshintergrund hat. In dieser Sicht sind Flüchtlinge grundsätzlich willkommen und anständig unterzubringen, während geprüft wird, ob sie Asyl verdienen. Kinder von Asylbewerbern sollen zur Schule gehen, sie selber sollen all jene sozialen Leistungen, welche für Belgier selbstverständlich sind, ebenfalls erhalten. Der Staat hat die Pflicht, ausreichend Mittel für die Betreuung der Flüchtlinge bereitzustellen, und damit hat es sich. Dass mit dieser Politik weitere Flüchtlinge geradezu angezogen werden, spielt keine Rolle.

Angst vor einem Identitätsverlust

Auch dass der Staat dadurch an die Grenzen seiner Kapazitäten gelangt, was wiederum zu langen Wartezeiten für den Asylentscheid führt, wird durchaus in Kauf genommen, zumal dann die

fortgeschrittene Integration im Gastland einen Verbleib aus humanitären Gründen rechtfertigt – selbst dann, wenn die Kriterien für Asyl ursprünglich nicht gegeben waren. Arbeiten Flüchtlinge schwarz, drückt man gern ein Auge zu, schliesslich ist das besser, als wenn sie herumlungern oder in die Kriminalität abgleiten.

Auf der anderen Seite, abseits der radikalen Nationalisten, denen jegliche Art von Einwanderung ein Dorn im Auge ist, positionieren sich in Belgien vor allem die Liberalen aus beiden grossen Sprachgruppen und etwas weniger ausgeprägt die flämischen Christlichdemokraten. Hier wird genau umgekehrt argumentiert. Um die Trittbrettfahrer abzuschrecken, will man den Flüchtlingen ausser dem Nötigsten lieber nichts geben. Das Geld soll besser dafür ausgegeben werden, dass Asylgesuche rasch behandelt werden können. Jene, deren Gesuch abgelehnt wird, sollen umgehend ausgewiesen werden, damit sie nicht

dem Staat und den Sozialwerken zur Last fallen. Alles, was als Magnet wirken könnte – Arbeit, Schule, Fürsorgeunterstützung –, soll möglichst vermieden werden, solange nicht klar ist, ob jemand Anspruch hat auf Asyl. Dass wirklich Verfolgte ein wenig herzliches Prozedere durchlaufen müssen, bis sie Asyl erhalten, nimmt man in Kauf. Auch dieses Lager gibt sich in der Argumentation nüchtern und sachlich, ist sich aber durchaus bewusst, dass für seine Wählerschaft der Multikulturalismus zunehmend suspekt, die Sorge vor dem Verlust der belgischen oder flämischen Identität dafür umso ausgeprägter ist.

Guerrillakrieg im Labor

Bis vor kurzem sassen in der belgischen Regierung zwei Frauen, welche die beiden Positionen exemplarisch vertraten. Marie Arena, französischsprachige Sozialistin und Ministerin für soziale Integration, lieferte Anemie Turtelboom, der für Asyl- und Migration zuständigen flämischen Liberalen, mit Hilfe willfähriger französischsprachiger Medien einen gehässigen Guerrillakrieg um die Frage der Regularisierung von Zehntausenden von Sans-Papiers, die zum Teil schon lange Jahre in Belgien leben. Immer wieder machen grössere oder kleinere Gruppen der Sans-Papiers mit Hungerstreiks und anderen Protestaktionen auf ihr Schicksal aufmerksam. Arena verstand es dabei, sich ganz als Verteidigerin der Menschenrechte in Szene zu setzen, und ging sehr aggressiv zur Sache, ganz nach dem Motto «Angriff ist die beste Verteidigung». Der Streit verhinderte schliesslich sogar die Erstellung eines Budgets. Um das Klima zu entgiften und in der Frage der Sans-Papiers noch vor der Sommerpause eine einvernehmliche Lösung finden zu können, benutzte Ministerpräsident Van Rompuy eine Regierungsumbildung, um Arena aus dem Kabinett zu werfen. Turtelboom dagegen wurde ins Innenministerium befördert, womit der Regierungschef auch gerade noch deutlich machte, welcher politischen Linie er sich näher fühlte.

Wirbel um US-Militärbasen in Kolumbien

Präsident Uribe kämpft gegen verbreitete Ablehnung in der Region

Die USA verhandeln mit Kolumbien über das Nutzungsrecht für Militärbasen im Kampf gegen Drogenhandel und Terrorismus. In der Nachbarschaft sind die Pläne unter Beschuss geraten. Besonders die beiden linksgerichteten Staatsoberhäupter von Venezuela und Ecuador drohen dem kolumbianischen Präsidenten mit gravierenden Folgen.

wjm. Buenos Aires, 4. August

Die Pläne der kolumbianischen Regierung, den Amerikanern einige Militärbasen für zehn Jahre zur gemeinsamen Nutzung zur Verfügung zu stellen, sind in der Region in den letzten Wochen auf zunehmenden Widerstand gestossen. Entsprechende Verhandlungen mit den USA wurden von der kolumbianischen Regierung am 16. Juli offiziell bestätigt. Diese sollen zurzeit kurz vor dem Abschluss stehen. Zur Diskussion stehen dabei drei bis fünf Militärstützpunkte.

Hightech-Hilfe gegen die Guerilla

Washington ist auf der Suche nach einem Ersatz für seine Basis auf dem ecuadorianischen Marinestützpunkt Manta. Der entsprechende Vertrag läuft im kommenden November aus und wird von Ecuador nicht erneuert. Die kolumbianische Regierung andererseits verspricht sich von einem solchen Abkommen insbesondere vermehrte Unterstützung durch amerikanische Hightech-Aufklärung in ihrem Kampf gegen die Guerilla. Vertreter der kolumbianischen Opposition weisen in diesem Zusammenhang aber auf einen gewissen Widerspruch in der Argumentation der Regierung Uribe hin. Diese behauptet nämlich einerseits, die Farc-Guerilla stehe kurz vor dem Zusammenbruch, betont aber andererseits die Notwendigkeit eines verstärkten amerikanischen Engagements.

Im Gegensatz zum Vertrag für Manta, der nur amerikanische Aktivitäten für die Drogenbekämpfung und für humanitäre Nothilfe vorgesehen hatte, sollen in Kolumbien offiziell auch amerikanische Operationen gegen den Terrorismus und das internationale organisierte Verbrechen zugelassen sein. Dies würde selbstverständlich auch amerikanische Operationen gegen die

als Terrororganisation eingestufte Farc-Guerilla einschliessen. Die kolumbianische Regierung betont aber, dass kein direkter Einsatz der Amerikaner gegen die Guerilla vorgesehen sei.

Kritik von Lula und Bachelet

Auf gar keine Gegenliebe stossen die Pläne naturgemäss bei den beiden linksgerichteten Nachbarn Venezuela und Ecuador, denen Kolumbien Zusammenarbeit mit der Farc-Guerilla vorwirft. An diesen zwei Fronten ist die Spannung in den letzten Wochen ohnehin wieder gestiegen, nachdem die kolumbianischen Behörden Waffen aus Venezuela in einem Versteck der Guerilla gefunden hatten und ein Video veröffentlicht worden war, das einmal mehr zeigen soll, dass Geld der Guerilla in den Wahlkampf des ecuadorianischen Präsidenten Correa geflossen sei. Als Reaktion auf die kolumbianisch-amerikanischen Pläne drohte Correa geradeheraus mit Krieg, falls Kolumbien bei der Guerillabekämpfung nochmals die Grenze Ecuadors verletzen sollte. Venezuelas Präsident Chávez erklärte, die USA hätten Pläne für eine Invasion Venezuelas, und zog den Botschafter aus Bogotá ab.

Kritisch äusserten sich aber auch gemässigte südamerikanische Staatsoberhäupter. Bei einem Besuch der chilenischen Präsidentin Bachelet bei ihrem Amtskollegen Lula da Silva in Brasilien drückten letzte Woche beide ihr Missfallen über die möglichen amerikanischen Basen aus und verlangten von Kolumbien und den USA mehr Information über ihre Pläne. Aus Rücksicht auf die Souveränität Kolumbiens schlugen sie vor, das Thema am Gipfel der Nationen Südamerikas (Unasur) vom 10. August in Ecuador zu behandeln. Dazu soll eine Sitzung des neugeschaffenen, zur Unasur gehörenden südamerikanischen Verteidigungsrates einberufen werden.

Ein verstärktes Engagement der USA in Kolumbien läuft Lulas Bestrebungen zuwider, dass die Südamerikaner ihre Konflikte unter sich lösen, unter Führung von Brasilien als regionaler Vormacht. Inzwischen hat der kolumbianische Präsident Uribe eine Reise durch Südamerika angekündigt, um für sein Vorhaben zu werben. Sie soll ihn nach Peru, Chile, Paraguay, Uruguay, Argentinien, Brasilien und Bolivien führen. Für den Unasur-Gipfel vom kommenden Montag hat er sich jedoch abgemeldet.

Australiens Regierungschef ohne Begünstigungsverdacht

Vorwurf der Opposition entkräftet

vau. Cairns, 4. August

Die Labor-Regierung in Australien hat sich in der sogenannten OzCar-Affäre nichts vorwerfen zu lassen. Zu diesem Schluss ist der Autor einer unabhängigen parlamentarischen Untersuchungskommission gekommen. Wie der für den Rapport verantwortliche Ian McPhee am Dienstag bekanntgab, hat sich weder der Regierungschef Kevin Rudd noch Schatzkanzler Wayne Swan für einen mit dem Premierminister befreundeten Autohändler eingesetzt. Der Garagist hatte von einem von der Regierung lancierten Stimulierungspaket für die Autobranche profitiert.

Rüge an den Schatzkanzler

Kritik übte der Autor allerdings am Schatzkanzleramt. Der für die Beurteilung der Anfragen zuständige Chefbeamte Godwin Grech sei völlig überfordert gewesen. Zudem seien nicht alle Antragsteller gleich behandelt worden. Mindestens einer habe Vorzugsbehandlung genossen, weil Grech geglaubt habe, es habe sich um einen Anhänger der Liberalen Partei gehandelt. McPhee ging nicht der Frage nach, welche Kontakte der liberale Oppositionsführer Malcolm Turnbull mit Grech gepflegt hatte.

Grech hatte im Juni vor einer Senatskommission ausgesagt, er «glaube» sich daran erinnern zu können, dass er vom Büro des Premierministers eine kurze E-Mail erhalten habe, in welcher der Fall des Autohändlers geschildert worden sei. Er habe angenommen, dass es sich um einen Freund des Premierministers handle. Turnbull hatte darauf Rudd und Swan zum Rücktritt aufgefordert. Nur wenige Stunden später stellte die Bundespolizei fest, dass es sich bei der Mail um eine Fälschung handelte. Grech, der seit Wochen wegen einer schweren Depression in einer Klinik in Canberra behandelt wird, gab am Dienstag in einem Interview sein Fehlverhalten zu.

Oppositionschef schiebt Schuld weiter

Malcolm Turnbull verteidigte seinerseits am Dienstag seine Einschätzung vom Juni in einer für australische Verhältnisse typischen Weise. Der Chefbeamte habe die ganze Nation mit dem Ziel irreführt, den Premierminister zu diskreditieren. Die Opposition habe stets im guten Glauben gehandelt, fügte er an.